

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Nieheim

Stellungnahme zum Haushalt 2021

Mit dem Haushalt für das Jahr 1995 erreichte die Stadt Nieheim erstmals die finanzielle Selbständigkeit. „Erstmals“, so der damalige Stadtdirektor Johannes Kröling, „kann die Haushaltswirtschaft frei von allen aufsichtsbehördlichen Reglementierungen“ gestaltet werden. Die Jahrzehnte vorher waren durch die Orientierung an den „Ausgleichsstockrichtlinien“ des Landes geprägt. Erst eine außergewöhnliche Schuldentlastungshilfe des Landes in Höhe von 7.5 Mill. DM - seinerzeit durch die Landesregierung unter Johannes Rau zur Hilfe für „Ausgleichsstockgemeinden“ gezahlt - und ein hier im Rat durch alle Fraktionen beschlossenes Haushaltssicherungskonzept schafften die Basis für haushaltsrechtliche Eigenständigkeit.

Finanzielle Probleme sind also für die Stadt Nieheim nichts Neues. Die Entwicklung der Zahlen ändert sich jährlich, Haushaltsdefizite sind leider in Nieheim Standard.

Ich wiederhole deshalb, was ich schon seit Jahren sage:

Wir brauchen eine gesicherte finanzielle Regelausstattung, die es uns ermöglicht auch den Alltag in der Kommune zu finanzieren. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen, die auch die Interessen der kleinen Gemeinden berücksichtigt. Hier muss das Land dringend tätig werden.

Bis dahin werden wir wohl mit „Bilanzierungshilfen“ und anderen von Jahr zu Jahr festgelegten „Sonderzuschüssen“ leben müssen. Direkte, regelmäßige finanzielle Mittel wären allerdings hilfreicher.

Trotz dieser grundsätzlich strukturell schwierigen Ausgangslage konnte und kann Nieheim sich „sehen“ lassen. Bezogen auf die Finanzen ist in den letzten Jahren mit hohem Sachverstand eine gute finanzielle Basis geschaffen worden um Kommunalpolitik zu gestalten.

Unser ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle dem Kämmerer Herrn Becker.

Auf diesem finanziellen Hintergrund ist es der Politik in Nieheim trotzdem gelungen eine Infrastruktur zu schaffen, um die uns viele beneiden.

Unsere Investitionen in Bildung, Stadt- und Dorferneuerung sowie familienorientierte Maßnahmen wie Kindertagesstätten waren wichtige Investitionen in die Zukunft. Nieheim steht hier im Vergleich mit vergleichbaren Kommunen ausgesprochen gut da.

Deshalb halte ich Presseschlagzeilen wie bei der Präsentation des Haushalts 2021 wie **„Jetzt kommt nach der Kür die Pflicht“** für völlig deplatziert.

Bei der Planung der Haushalte der Vergangenheit ging es immer um die **Weiterentwicklung der Stadt**. Sie waren kein Beispiel für eine nicht verantwortbare Schuldenpolitik, **wir haben hier durchaus unsere Pflicht getan**.

Es klingt für mich schon ein bisschen populistisch, wenn in Presseverlautbarungen suggeriert wird, dass erst jetzt endlich die richtige Politik gemacht wird. Der Haushalt 2021 stellt nämlich, entgegen dieser Aussagen, nicht etwas völlig Neues dar, sondern führt die Politik der letzten Jahre im Wesentlichen fort.

Wir werden auch in Zukunft kein Wunschkonzert erleben, sondern müssen sehen wie wir geschickt und zum richtigen Zeitpunkt notwendige Fördergelder in Anspruch nehmen können, ohne die eine Weiterentwicklung nicht möglich sein wird.

Als ein neuer Schwerpunkt wird der Straßen- und Wegebau beschrieben. Dazu folgender Hintergrund:

Im Februar 2019 forderte der Rat der Stadt Nieheim - auf Antrag der SPD - die Landesregierung auf, das Kommunalabgabengesetz so zu ändern, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Beiträgen für den Umbau und Ausbau von Straßen und Wegen befreit werden und die Mindereinnahmen der Städte durch das Land kompensiert werden sollten.

Durch den Druck aus Städten und Gemeinden, durch Verbände und Bürgerinnen und Bürger änderte das Land das Kommunalabgabengesetz. Nach unserer Auffassung allerdings nicht ausreichend. Eine Befreiung von Anliegerbeiträgen wird nämlich nicht erfolgen. Die Diskussionen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern werden uns deshalb bei allen KAG-Maßnahmen bevorstehen.

Das geänderte Kommunalabgabengesetz bedeutet für die Stadt, dass jetzt ein Straßen- und Wegekonzept vorgelegt werden muss um Landeszuschüsse für KAG-Maßnahmen zu erhalten. Die Aufstellung dieses Konzeptes ist also nicht eine Idee des Bürgermeisters sondern eine Vorgabe des Landes.

Egal. Die mittelfristige Planung wird überschaubarer. Die Umsetzung wird aber natürlich von den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln abhängig sein. Und auch von den Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger KAG-Maßnahmen mitzufinanzieren.

Wenn das Straßen- und Wegekonzept wirklich dazu beiträgt die Straßen und Wege so zu erhalten wie es notwendig ist, findet das natürlich unsere Zustimmung.

Zu weiteren wichtigen Inhalten des Haushalts:

Der Haushalt enthält Ansätze, die zukunftsorientiert sind. Die Investitionen in die **digitale Entwicklung** für Verwaltung und Schule sind absolut **notwendig**.

Die Fertigstellung der Realschule mit dem Bau der Aufzugsanlage entspricht unseren inklusiven Vorstellungen einer „**Schule für alle Nieheimer Kinder**“.

Die Erweiterung der Kindertagesstätten in Sommersell und Nieheim ist eine notwendige Antwort auf den Wunsch der Eltern. Die Planung erfolgte nach unserer Einschätzung schnell, unbürokratisch und fachlich richtig. Nur so konnte eine schnelle Lösung gefunden werden. Dank an alle Beteiligten in Verwaltung und Kitas.

Beim Thema „klima- und umweltfreundliche Stadt“ besteht allerdings noch eine Menge Luft nach oben. Unsere Anträge zu Photovoltaikanlagen und Neuausrichtung der Straßenbeleuchtung haben zwar deutlich gemacht, dass die Verwaltung von uns geforderte Maßnahmen plant und umsetzen will. **Der Klimaschutz muss aber sehr viel deutlicher in der zukünftigen Kommunalpolitik verankert und Bestandteil des Tagesgeschäfts werden. Wir werden dazu weitere Forderungen stellen.**

Das Leben in Nieheim ist ohne Vereine nicht denkbar. Unser Antrag auf Einrichtung eines Ehrenamtsbüro ist erfreulicherweise auf offene Ohren gestoßen. Die grundsätzlich neuen Planungen des Bürgermeisters für die Verwaltung scheinen hier in die richtige Richtung zu gehen. Vereine und Initiativen brauchen bei Unterstützungsbedarf eine konkrete Anlaufstelle im Rathaus. **Die Förderung des ehrenamtlichen Engagement muss als Aufgabe der Stadt in der Verwaltung verankert werden.**

Im Zusammenhang mit dem vom Bürgermeister angekündigten „Stadtentwicklungsbüro“ will ich allerdings auch auf die bevorstehenden Änderung im Bauamt hinweisen.

Für die Stadt wird die Leitung dieses Amtes, nach dem altersbedingten Ausscheiden eines langjährigen Fachmanns, **von existentieller Bedeutung sein**. Nur mit einem in Fragen von Fördermaßnahmen und Stadtentwicklung erfahrenen Fachmann, wie aktuell besetzt, und einem einzustellenden Ingenieur wird die Verwaltung die Zukunftsaufgaben bewältigen können.
Hier ist Kontinuität gefragt.

Womit ich einen Übergang zum nächsten Thema habe.

Das Stadtentwicklungskonzept für den Historischen Ortskern wird regelmäßig auf Umsetzbarkeit und realistische Möglichkeiten überprüft.

Auf diesem Hintergrund halten wir es im Moment für nicht zielführend kurzfristig einen Planungsauftrag für die Stadthalle und das Umfeld zu erteilen. Im Vorfeld ist vielmehr mit Vereinen die zukünftige Nutzung abzustimmen. Es muss weiterhin konkreter als bisher überlegt werden, wie die alte Grundschule in der Lehmkuhle zukünftig genutzt werden kann. Eine mögliche Wohnnutzung hätte möglicherweise auch Auswirkungen auf das Umfeld der Stadthalle.

Nach der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss besteht aber Einigkeit, dass dieses Thema behutsam angegangen werden soll. Vor weiteren Planungsaufträgen sind auf jeden Fall weitere Abstimmungen in den Parlamentarischen Gremien notwendig.

Behutsam, und über einen langen Zeitraum, haben sich Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren mit dem Richterhaus und dem Richterplatz beschäftigt. In Ausschusssitzungen und Workshops wurden unter Beteiligung des städtebaulichen Fachplaners Vorschläge zur Gestaltung des Platzes gesammelt, die dann in einem förderfähigen Plan eines Fachbüros ihren Niederschlag fanden. Einstimmig wurde der Plan zur Gestaltung des Richterplatzes angenommen.

Für die städtebauliche Entwicklung ist die Gestaltung der Mitte des Ortskerns von zentraler Bedeutung. Ein aktiv genutztes Richterhaus mit einem vom Autoverkehr befreiten Vorplatz soll Signalwirkung für eine Umgebung haben, in der weitere Baumaßnahmen ausdrücklich erwünscht sind.

Der Rat der Stadt hat hier ein Zeichen gesetzt.

Wir brauchen deshalb jetzt keine in Vergangenheit und in Satzungszwang geknebelte Berater, die Entwicklung blockieren und die Zukunft behindern.

Die SPD unterstützt ausdrücklich die bisherige Planung und die im Haushalt dafür vorgesehenen Mittel. Wir drängen hier auf eine schnelle Umsetzung der Maßnahme und fordern den Bürgermeister auf unverzüglich Klarheit zu schaffen.

Wir brauchen mutige Gremien, die Entscheidungen für die Zukunft treffen.

Der Haushalt 2021 beinhaltet eine ganze Reihe von sinnvollen Planungen zur Weiterentwicklung der Stadt. **Deshalb stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt auch ausdrücklich zu, zumal in den Ausschüssen mit unseren Anträgen fair umgegangen wurde und Vorschläge von uns im Haushalt ihren Niederschlag gefunden haben.**

Ich will abschließend - unabhängig vom Haushalt - noch einige Anregungen/Gedanken loswerden, die mir seit Beginn dieser Ratsperiode gekommen sind:

Vielleicht hängt es ja auch mit dem durch die Corona-Pandemie vorgeschriebenen Maskenzwang und den Abstandsgeboten zusammen - da bin ich mir nicht sicher -, aber **ich habe nicht den Eindruck**, dass die vom Bürgermeister angekündigte Transparenz schon Einzug in die Kommunalpolitik gehalten hat. Da scheint noch viel hinter geschlossenen Türen zu passieren. Weder hier in den politischen Gremien noch innerhalb der Verwaltung erlebe ich gelungene, offene Kommunikation. Auch das Verhältnis von Distanz und Nähe scheint nicht immer zu passen.

Wer sich angesprochen fühlt kann darüber nachdenken und vielleicht sein Verhalten ändern.
Wer sich nicht angesprochen fühlt, macht eben so weiter wie bisher.